

nisse nicht weg, sondern schafft im Gegenteil neue.

Ebenso unzulässig wie leichtfertig ist es, wenn Mitglieder übergeordneter Parteileitungen die unterschiedliche Lage in den verschiedenen Parteiorganisationen nicht berücksichtigen oder, was beinahe noch schlimmer ist, die Lage einer von ihnen anzuleitenden Grundorganisation nicht kennen. So nahmen der 1. Kreissekretär und der Sekretär für Wirtschaft der Kreisleitung Eisenach an der Wahlversammlung der Grundorganisation im VEB Elektrotechnik teil. Ihnen war jedoch nicht bekannt, daß das Vertrauensverhältnis der Werktätigen dieses Betriebes zum Parteisekretär und den Wirtschaftsfunktionären getrübt war, daß es Planrückstände gab, daß Verbesserungsvorschläge monatelang unbeachtet lagen. Die Sekretäre der Kreisleitung konnten so den Genossen nur recht wenige Ratschläge geben, wie die politisch-ideologische Arbeit im Betrieb zu verbessern und die Lage zu verändern ist.

Solche Arbeitsweise leitender Genossen ist vor allem auch deshalb unzulässig, weil Zehntausende bei den letzten Parteiwahlen neu in Funktionen berufene Genossen — als Parteisekretär, Leitungsmitglied, Gruppenorganisator — wirksame tätige Hilfe und Unterstützung von den übergeordneten Leitungen erwarten. Sie brauchen die Vermittlung bewährter Methoden und Erfahrungen der Parteiarbeit, der Leitungsarbeit, wie das Salz zur Suppe. Sonst kann es passieren, daß solche Genossen in dem Bestreben, alle Aufgaben lösen zu wollen. Unwichtiges vor Wichtigem anpacken, daß sie, statt das ganze Kollektiv der Parteiorganisation und andere gesellschaftliche Kräfte in die Arbeit einzubeziehen, alles selbst machen wollen, womöglich zu kommandieren beginnen und dadurch in Widerspruch zu den Genossen geraten. Letzten Endes wachsen ihnen dann die Aufgaben über den Kopf.

Und die Freude dieser Genossen — von der Genosse Norden auf dem 10. Plenum als einem notwendigen Attribut sprach — an der Arbeit als Parteifunktionäre wird oftmals getrübt.

Die „Devise“ des Genossen Werkleiters...

In der Partei gibt es keine höher gestellten und keine untergeordneten Genossen; alle haben die gleichen Rechte und Pflichten. So fordert es das Statut unserer Partei. Die Funktionäre werden in geheimer Wahl vom Kollektiv gewählt, unter dessen Kontrolle sie arbeiten und dem sie rechenschaftspflichtig sind. Ebensowenig wie Parteimitglieder gegenüber anderen Bürgern

Privilegien haben, besitzen leitende Parteiarbeiter Vorrechte gegenüber anderen Genossen. Sie haben aber freiwillig größere Pflichten übernommen, im Interesse der Partei und des Volkes. Sie sollen sich durch Bescheidenheit auszeichnen und gegenüber den Menschen zuvorkommend, einfühlend und geduldig sein. Übereifer und Ungeduld sind schlechte Ratgeber. Autorität und Anerkennung erwirbt sich ein Parteiarbeiter nicht mit der Funktion. Er muß sich beides erarbeiten.

„Ich halte im Prinzip nichts davon, nach unten zu gehen, um mir täglich die Sorgen der Werktätigen anzuhören.“ Das etwa war die — mit Verlaub zu sagen — „Devise“ des Genossen Werkleiters im VEB NARAG Schönebeck. Der Parteisekretär dieses Betriebes legte wenig Wert auf die Meinung der Genossen und Kollegen, erhob sich selbstherrlich über das Kollektiv der Leitung.

Einige Genossen der Parteiorganisation einer Dessauer Brauerei glaubten es nicht nötig zu haben, den Werktätigen unsere Politik und die ökonomischen Aufgaben zu erläutern, ihre Fragen zu beantworten, Hinweise, Vorschläge und Kritiken ernstzunehmen.

Die Partei läßt keinen Zweifel daran, daß sie solche Verstöße gegen die elementaren Normen des Parteilebens nicht duldet. Das bekamen die betreffenden Genossen recht bald zu spüren. Es zeugt von der Reife dieser beiden Parteiorganisationen, daß sie die betreffenden Genossen ihres unparteilichen Verhaltens wegen zur Rechenschaft zogen. In Parteiversammlungen machte man ihnen klar, daß sie größtenteils gegen das Statut der Partei, gegen die Leninschen Normen des Parteilebens und der Parteiarbeit verstoßen haben. Sie verlangten von den Genossen, und das völlig zu Recht, aus ihrem unparteilichen Verhalten Schlußfolgerungen zu ziehen und eine feste Verbindung zu den Werktätigen herzustellen.

Indem die Partei die Prinzipien der Arbeit mit den Menschen innerhalb ihrer Reihen vordemonstriert, erwartet sie ein Gleiches selbstverständlich auch von den staatlichen Organen sowie den gesellschaftlichen Organisationen. Je unversöhnlicher die Partei allen Verstößen gegen die Grundsätze der Arbeit mit den Menschen entgegen tritt, um so konsequenter werden die Parteimitglieder überall dort dafür eintreten, wo sie tätig sind.

Die Kritiken und Hinweise zahlreicher Genossen und parteiloser Werktätiger, besonders während der Parteiwahlen, waren für viele Parteileitungen Anlaß, bürokratische Erschei-